

Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan 2014

Diese Stellungnahme bezieht sich auf die geplante Gleichstromtrasse Süd-Ost von Bad Lauchstädt nach Meitingen (Korridor D). Die Notwendigkeit dieser Trasse wird von mir und meiner Familie nachdrücklich in Frage gestellt. Nachfolgend aufgeführte Argumente sprechen gegen den Trassenbau:

1. Braunkohlestrom statt Windenergie

Als Begründung für die o. g. Gleichstromtrasse wird u. a. angeführt, dass damit nach der Abschaltung bayerischer Kernkraftwerke die Versorgungssicherheit durch den Transport regenerativer Energien (Windkraft) aus Nord(ost)Deutschland in den Süden der Republik sichergestellt werden soll. Tatsächlich beginnt die Trasse jedoch (zunächst) im sachsen-anhaltinischen Braunkohlerevier. Die Substitution von Kernkraft durch aus fossilen Brennstoffen erzeugtem Strom läuft der Energiewende zuwider. Ferner ist nicht erkennbar, weshalb Braunkohlestrom über mehrere hundert Kilometer transportiert werden soll, wenn alternativ ortsnah über andere Arten der Stromerzeugung, beispielsweise effiziente Gaskraftwerke, die erforderliche Grundlastenergie gewonnen werden kann. Lt. NEP ersetzen Gaskraftwerke die stillgelegten Kernkraftwerke in Zukunft nicht vollständig, da sie unter den geltenden Marktbedingungen nicht zur Sicherung der Grundlast dienen. Dies kann allerdings durch den Abbau der Subventionen für Braunkohleverstromung geändert werden. Die Marktbedingungen lassen sich also zugunsten von dezentralen Gaskraftwerken beeinflussen.

2. Durchleitung von Strom für den Export

Lt. NEP ist der Verknüpfungspunkt Meitingen unmittelbar mit den Grenzkuppelstellen nach Österreich verbunden und bietet so gute Voraussetzungen für den Weitertransport in die alpinen Speicher. Mit dem HGÜ-Korridor wird die Kapazität des Übertragungsnetzes in den betreffenden Regionen wesentlich erhöht und die Energie (aus Braunkohle) nach Bayern transportiert. Von dort aus erfolgt über das AC-Netz je nach Einspeise- und Lastverhältnissen ihr Weitertransport sowie der Abtransport überschüssiger Erzeugung im Süden Deutschlands (vor allem aus Photovoltaik) über die geplanten Interkonnektoren zwischen Deutschland und Österreich in die Richtung der alpinen Speicher.

Weshalb soll zum Zwecke der Gewinnmaximierung von Netzbetreibern ein eklatanter Eingriff in die Natur erfolgen? Weshalb wird der vor Ort erzeugte Strom aus Photovoltaik nicht zur Deckung des Energiebedarfs in Süddeutschland verwendet sondern exportiert? Gerade im letztgenannten Fall wäre es sinnvoll, in Speichertechnologien zu investieren denn in Strommasten.

3. Keine hinreichenden Erfahrungen mit Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ)

Bei der geplanten Gleichstromübertragungstechnik im angestrebten Höchstleistungsbereich handelt es sich um eine neue Technologie - zumindest im Bezug auf das dicht besiedelte Deutschland (Zitat aus dem NEP: Der Einsatz dieser Technologie an Land ist ein Novum in

Deutschland). Eine auf Langzeitstudien basierende, wissenschaftlich fundierte Aussage über etwaige Gefahren für Mensch und Natur kann derzeit noch nicht seriös getroffen werden.

Es existiert ferner keine Abstandsregelung der HGÜ-Masten zur Wohnbebauung, so dass es möglich ist, die HGÜ-Trasse unmittelbar an bewohntem Gebiet vorbei oder sogar durch bewohntes Gebiet zu führen. Dies ist nicht zumutbar, da - abgesehen von einer zu erwartenden Wertminderung betroffener Wohngebäude und Grundstücke - die gesundheitlichen Folgen für Anwohner, insbesondere Kinder und kranke Menschen, durch die entstehende Strahlenbelastung nicht abschätzbar ist. Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG) kann daher nicht gewährleistet werden.